

# ABSCHLUSSBERICHT

## Workshop 1

### Feministische Perspektiven auf die juristische Ausbildung

Gina Häusler

Luise Wehsener

Ausschuss für Koordination und besondere Aufgaben

**BRF**

Bundesverband  
rechtswissenschaftlicher  
Fachschaften e.V.

## Inhaltsverzeichnis

A.	Einführung .....	1
B.	Vortrag von Dr. Susanna Roßbach.....	1
C.	Arbeitsphase.....	2
I.	Social Media Posting.....	2
II.	Grundsatzprogramm .....	3
III.	Forderung .....	4
D.	Fazit .....	4
E.	Anhang .....	4
	Impressum.....	7

## A. Einführung

Zu Beginn des Workshops übernahm Dr. Susanna Roßbach, wissenschaftliche Referentin und Habilitandin am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg, seit 2018 Mitglied im Deutschen Juristinnen Bund e.V. (djb) und dort seit 2023 Vorsitzende im Arbeitsstab Ausbildung und Beruf, die Einführung in die Thematik der feministischen Perspektiven in der Rechtswissenschaft.

In einem knapp zweistündigen Vortrag präsentierte sie, unter Einbezug der Workshopteilnehmenden, was überhaupt feministische Rechtswissenschaft ist, wie sie sich bemerkbar macht und welche typischen Rollenklischees noch immer fest in der juristischen Ausbildung zu finden sind.

In zwei Kleingruppen sollte dann im Verlauf des Workshops auf folgende Aufgaben eingegangen werden:

- I. Strukturelle Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts
- II. Starke Leistungsunterschiede aufgrund des Geschlechts

## B. Vortrag von Dr. Susanna Roßbach

Dr. Susanna Roßbach begann ihren Vortrag mit einer Eingangsthese: Feministische Rechtswissenschaft stellt die Frauenfragen im Recht.

Die Historie dieses rechtswissenschaftlichen Themenfeldes ist nicht neu. Vielmehr liegt sie schon lange im 19. Jahrhundert zurück. In den damaligen Frauenbewegungen wurde immer wieder versucht darauf aufmerksam zu machen. Feministische Rechtswissenschaft dreht sich auch und vor allem um die Frage: Wie wird im und durch das Recht gesellschaftliche Macht verteilt?

Feministische Rechtswissenschaft ist nicht nur das Verhindern von sexistischen, anti-feministischen Sachverhalten. Auch gesellschaftspolitische Felder sind hiervon betroffen. Das Wahlrecht für Frauen oder auch die Elternzeit für Abgeordnete, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Die obenstehende Kernfrage wurde auch zusammen mit den Workshopteilnehmenden erörtert. In Anhang 1 ist das Tafelbild mit allen gesammelten Ergebnissen zu finden. Die Themenspektren reichen ins Strafrechtsgebiet, sozial-gesellschaftliche, politische, private Bereiche, Bereiche in denen es um die körperliche Integrität geht und auch bis in die juristische Ausbildung.

Eine klassische Methode der feministischen Rechtswissenschaft ist das Überlegen von Vorannahmen. Häufig geht es hierbei um die Punkte: Frauen sind unterrepräsentiert; sie sind selten selbstständig; sie werden selten außerhäuslich erwerbstätig dargestellt; haben ein sexuell assoziiertes Gehalt und definieren sich über die Beziehungen zu Männern. Diese Vorannahmen werden häufig in den betroffenen Bereichen genauso dargelegt. Und das ist falsch. Noch immer vermitteln die Gesellschaft und das Recht ein heteronormatives und binär-zweigeschlechtliches Konstrukt der Elternschaft. Noch immer sollen

juristische Sachverhalte abstrakte Rechtssätze veranschaulichen, bedienen sich hierbei aber nicht nur diskriminierenden Äußerungen, sondern eben auch stereotypischen Klischees. Und eben hier muss feministische Rechtswissenschaft anknüpfen. Damit keine unterbewussten Rollenzuschreibungen produziert und verfestigt werden.

Abschließend wurde aus dem Vortrag mitgenommen, dass feministische Rechtswissenschaft als Wissenschaftskritik aufgenommen werden kann. Die feministische Rechtswissenschaft ...

... fragt nach der Verteilung von Macht im und durch das Recht anhand von Geschlechtergrenzen

... ist vielfältig in ihren Themen und Methoden

... stellt rechtswissenschaftliche Traditionen und Diskurse in Frage

... findet in der juristischen Ausbildung nur vereinzelt statt.

## **C. Arbeitsphase**

Bevor es in die Arbeitsphasen gehen sollte, wurde Feedback zum ersten Teil von Susanna Roßbach gesammelt. Hier hat sich rausgestellt, dass die Workshopinteressen und Motivationen zur Teilnahme am Workshop einerseits mit dem weiteren Plan übereinstimmen, jedoch in einem Punkt auseinandergehen. Die Teilnehmenden hatten sich mehr Diskussionen zu einzelnen kritisch beleuchteten Themenfeldern gewünscht. So wurde dann während der Mittagspause und Workshopphase II, in Rücksprache mit den Teilnehmenden der restliche Arbeitsphasenplan an die Wünsche und Vorstellungen angepasst.

Durch diese Anpassung, konnte sich in Kleingruppen intensiver über einzelne Aspekte ausgetauscht und mehr diskutiert werden. Insgesamt ergab sich hieraus auch eine bessere Einarbeitung in den bereitgestellten Quellen des Gutachtens.

Der weitere Plan sah dann die Einteilung in 2 Gruppen vor. Eine Gruppe beschäftigte sich mit den Quellen zur Studie der Universität Hamburg (Stereotype im Jurastudium) und entwickelte darauf basierend ein Social Media Posting. Die zweite Gruppe widmete sich dem Grundsatzprogramm und den Fragen zur feministischen Rechtswissenschaft in der juristischen Ausbildung.

### **I. Social Media Posting**

Die erste Kleingruppe beschäftigte sich mit diversen Fallbeispielen von Sachverhalten, die aufzeigen, dass noch immer Sachverhalte erstellt werden, welche nicht notwendige Hinweise auf die Sexualität machen oder das Opfer als weibliche Person darstellen. Es gibt einige Social Media Accounts, Organisationen und Vereine (z.B. DJB mit dem Account Üble Nachlese), die vermehrt auf diesen Umstand aufmerksam machen. Um noch mehr Reichweite und Aufmerksamkeit zu bekommen, hat die Gruppe ein Posting entworfen, bei dem Beispiele aus kritischen Sachverhalten gezeigt und anschließend Fakten aus der Umfrage der Universität Hamburg (Stereotype im Jurastudium) zu der Häufigkeit von

geschlechtsspezifischen Verwendungen aufgelistet werden. Unter C. II. werden zwei weitere Slides des Postings im Zusammenhang mit dem gestellten Änderungsantrag zu § 50 des Grundsatzprogramms „Antidiskriminierung“ erklärt.

## II. Grundsatzprogramm

§ 50 GP (Antidiskriminierung) fordert in Absatz 1 bereits die Nicht-Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Herkunft, einer rassistischen oder antisemitischen Zuschreibung, anderer sozialen Aspekte oder des sozialen Status'. In Absatz 2 wird bisher nur die Beachtung der Vermeidung von Stereotypen und Rollenklischees aufgegriffen. Da diverse Statistiken belegen, dass Sachverhalte teilweise Geschlechter und andere Bevölkerungsgruppen diskriminieren, sollte unserer Meinung nach, nicht nur auf die Vermeidung geachtet werden. Vielmehr ist es notwendig, dass die bereits vorhandenen universitären Strukturen ausgebaut und die Gleichstellungsbeauftragten in ihren Kompetenzen gestärkt werden. Dies soll durch die Bereitstellung von anonyme Beschwerdestellen an den einzelnen Universitäten passieren. Ein Positivbeispiel ist die Universität Münster, die bereits so eine Online Beschwerdestelle eingerichtet hat. Hier können Studierende anonym Sachverhalte melden, die unnötigerweise sexistische, rassistische, ableistische, diskriminierende, anti-feministische Bemerkungen enthalten. Die Beschwerden kommen bei den Gleichstellungsbeauftragten an, welche sich dann mit den jeweiligen Lehrstühlen in Verbindung setzen.

Dies veranlasste die Gruppe dazu, erfolgreich einen neuen Satz 2 in diesem Absatz zu stellen:

„Die Gleichstellungsbeauftragten dienen als vertrauliche Ansprechpartner:innen für (anonyme) Beschwerden und ergreifen bei Vorliegen eines diskriminierenden Sachverhalts die erforderlichen Maßnahmen.“

§ 34 GP dreht sich um den mündlichen Teil der staatlichen Pflichtfachprüfung. Während die Absätze 1 und 2 die Zulassung und den Gesamtnotenanteil regeln, beschäftigt sich Absatz 3 schon mit der Zusammensetzung der Prüfungsteilnehmenden („(...) maximal vier Personen gleichzeitig (...“). Der bisherige Absatz 4 Satz 1 setzt sich für eine diverse Besetzung der Prüfungskommissionen ein. Um den nachgewiesenen schlechteren Beurteilungen von weiblichen Prüflingen bei ausschließlich männlicher besetzter Kommission entgegenzuwirken, ist es wichtig, mindestens eine Frau in der Prüfungskommission zu haben. Dies wird in dem erfolgreich beschlossenen neuen Satz 2 nun festgelegt. Die Verpflichtung von einer weiblichen Person trägt nicht nur zu möglichen besseren Leistungspunkten da, sondern ermöglicht unmittelbar auch ein stärkeres Wohlbefinden in der ohnehin schon stressigen Prüfungssituation.

Ein letzter eingereichter Änderungsantrag befasst sich mit § 35a des Grundsatzprogramms. Hier geht es um die Qualitätssicherung der juristischen Ausbildung. Neben den schon aufgefassten regelmäßigen Qualitätskontrollen der Prüfungen, bedarf es auch der Untersuchung der Ursachen der Leistungsunterschiede bei den verschiedenen Geschlechtern. In C. III. wird näher auf diesen Änderungsantrag eingegangen.

### III. Forderung

Die Untersuchung der Ursachen dieser bestehenden Leistungsunterschiede ist immens, um festzustellen, wieso die Prüfungsergebnisse zwischen weiblich und männlich gelesenen Personen noch immer so gravierend sind. Es braucht eine Studie, die versucht diese Auslöser ausfindig zu machen und so dazu beitragen kann, die Divergenzen in den Prüfungsergebnissen aufgrund des Geschlechts zu verhindern.

Während des Plenums kristallisierte sich jedoch, dass dies mehr eine Forderung als ein Änderungsantrag für das Grundsatzprogramm ist. Mit dem erfolgreichen Beschluss auf der Mitgliederversammlung, schließt sich nun auch der BRF e.V. offiziell dieser Studienforderung, die es ebenfalls bereits von der Landesregierung NRW gibt, an und untermauert die hohe Wichtigkeit dieser Nachforschungen.

### D. Fazit

Wie sich in der Vorbereitung auf den Workshop bereits abzeichnete, gibt es nicht *das* Thema feministische Rechtswissenschaft und auch nicht *die* Methode feministische Rechtswissenschaft. Es sind viele einzelne Themenbereiche die leider noch immer viel zu häufig als normal betrachtet werden und auf die noch immer aufmerksam gemacht werden muss, damit es Veränderungen gibt.

Vor allem die Geschlechterunterschiede in der juristischen Ausbildung fallen noch immer negativ auf. Es bedarf dringend lösungsorientierte Ansätze und regelmäßige Kontrollen, um den großen Leistungsunterschieden entgegenzuwirken.

Qualitätskontrollen bedarf es nicht nur bei den Prüfungsergebnissen, sondern bereits während des Studiums bei dem Erstellen von Sachverhalten, dem Umgang untereinander und dem Vorbeugen von der Relativierung rollentypischer Klischees.

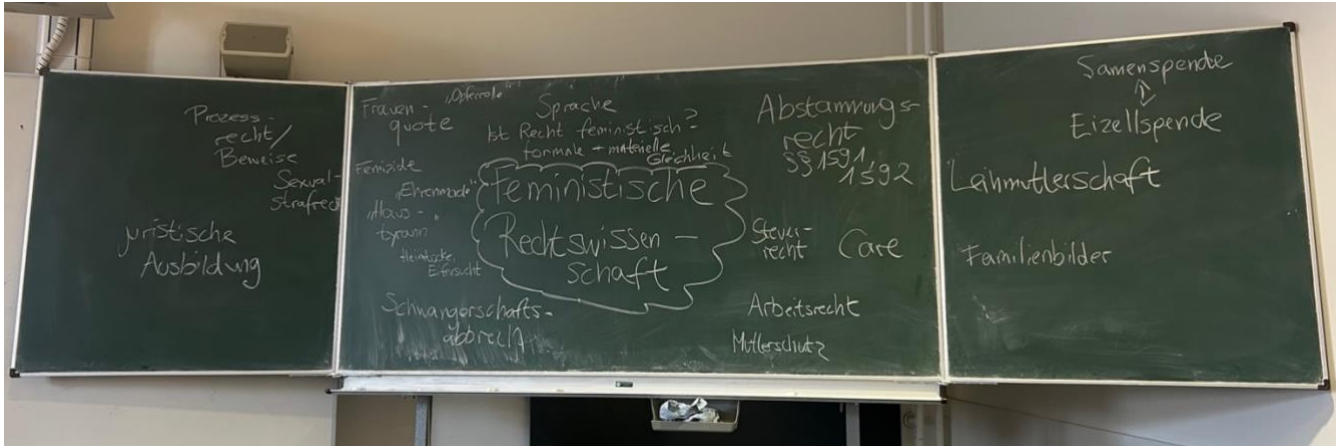
Es sind nicht nur die Landesjustizprüfungsämter und Landesregierung gefragt, sondern auch die Fakultäten selbst.

Nur so kann den immer noch großen Geschlechterunterschieden entgegengewirkt werden und das Studium chancengerechter werden.

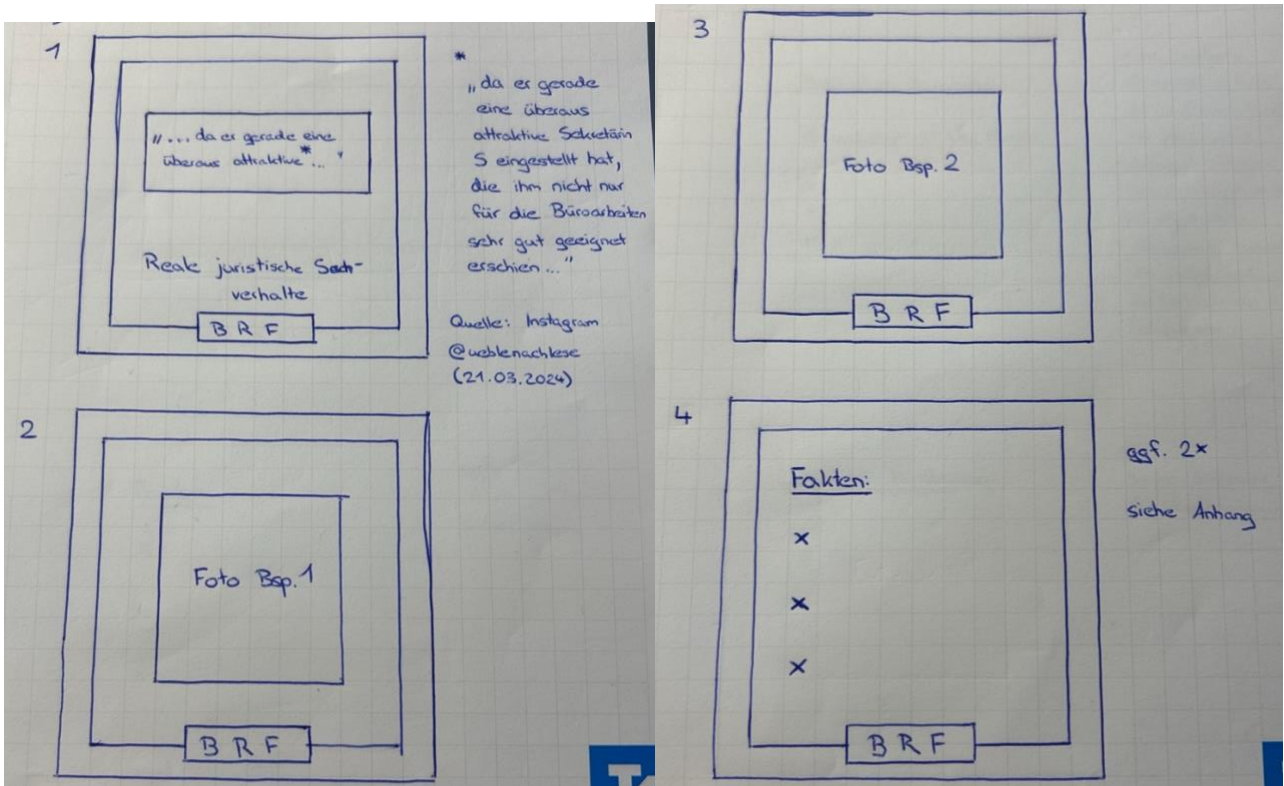
### E. Anhang

Die Anträge sind im Beschlussbuch der 9. Zwischentagung 2024 nachzulesen.

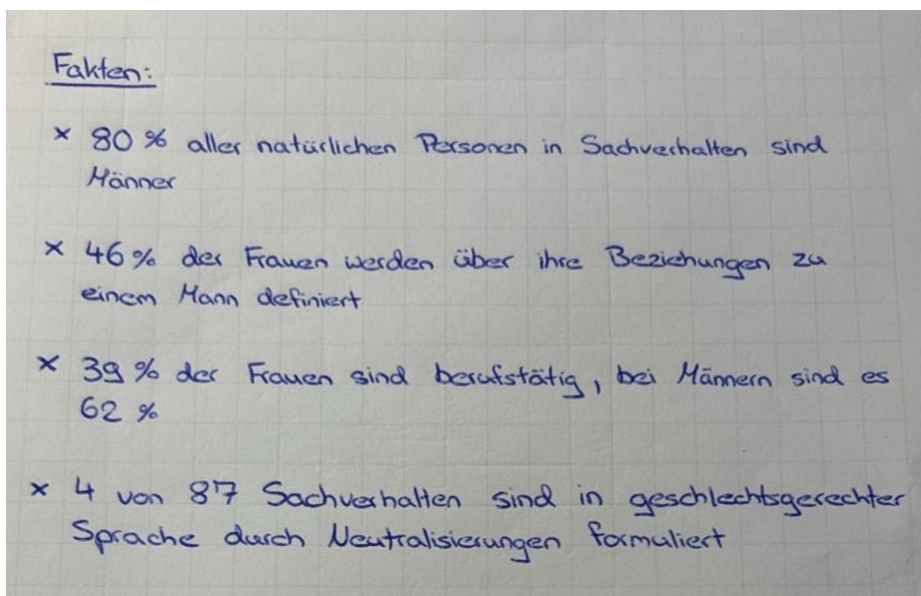
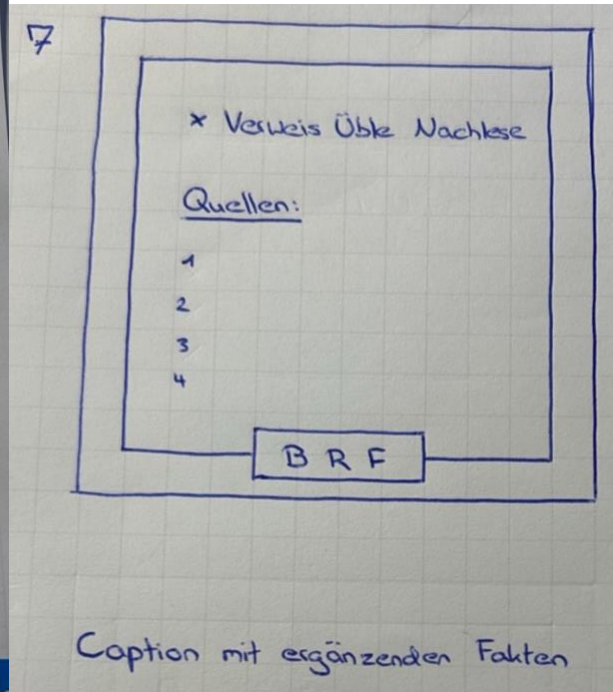
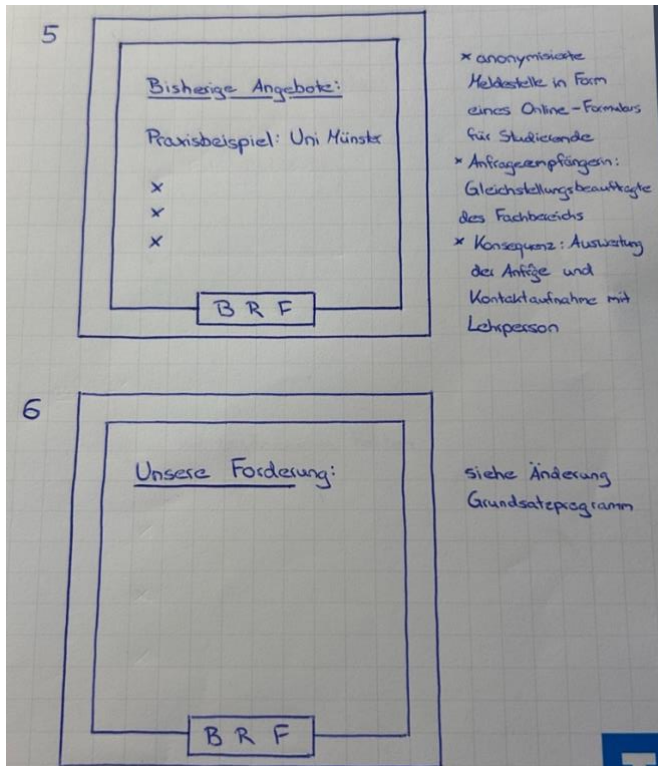
**Anhang 1: Tafelbild zur Leitfrage „Was ist feministische Rechtswissenschaft?“**



## Anhang 2: Skizzierungen zum Social Media Posting









## Impressum

### Herausgeber

Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.  
c/o FSR Rechtswissenschaften der Universität Hamburg  
Rothenbaumchausée 33  
20148 Hamburg  
[www.bundesfachschaft.de](http://www.bundesfachschaft.de)  
[info@bundesfachschaft.de](mailto:info@bundesfachschaft.de)

### Text

Gina Häusler  
Luise Wehsener